

Biehl, Max

Article — Digitized Version

China im Abschlußjahr des zweiten Fünfjahresplanes

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Biehl, Max (1962) : China im Abschlußjahr des zweiten Fünfjahresplanes, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 3, pp. 124-132

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133202>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Präsidentschaft zurück, nachdem das Volk große Hoffnungen auf seine Sozial- und Wirtschaftsreformen gesetzt hatte. Als Grund gab er Schwierigkeiten an, die ihm bei seiner Zielsetzung von den privilegierten Schichten des Landes gemacht wurden. Als ob ein umfassendes Reformprogramm, das mit mancherlei Vorrechten aufräumt, ohne den Widerstand der betroffenen Schichten durchzuführen sein könnte! In Ecuador versuchte der Präsident Velazquez Ibarra ganz im Gegensatz zu den Empfehlungen von Punta del Este, die darauf abzielten, die vermögenden Schichten steuerlich stärker zu erfassen, zusätzliche Belastungen auf die breiten Massen abzuwälzen, was den Auftakt zu Unruhen und zu seinem Sturz bildete.

In Brasilien, Argentinien, Chile, Peru und Kolumbien finden in diesem Jahre Wahlen statt. Es steht nur zu hoffen, daß aus den Kämpfen klare Programme und

nicht nur Politiker, sondern auch Reformatoren und Staatsmänner hervorgehen, die der zweiten Deklaration von La Habana, die den gewaltsamen Umsturz als Voraussetzung für die Lösung der lateinamerikanischen Problematik proklamiert, den Willen gegenüberstellen, durch ein forsches wirtschaftliches und soziales Entwicklungsprogramm den Fortschritt zu sichern.

Die lateinamerikanischen Staatsmänner und Völker haben die Möglichkeit, zwischen einer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ordnung und dem Chaos des Bürgerkrieges und Wirtschaftsverfalls zu wählen. Die Zeit der klaren Definitionen ist für die Staatsmänner, Politiker und Massen des Subkontinentes gekommen. Vor einigen Jahren schon meinte ein Staatsmann Lateinamerikas, es sei spät, um eine Lösung seiner Probleme zu wagen. Möge es nicht eines Tages zu spät sein!

China im Abschlußjahr des zweiten Fünfjahresplanes

Dr. Max Biehl, Kiel

Unter allen Entwicklungsländern dürfte die Chinesische Volksrepublik dasjenige sein, das im Verhältnis zu den eigenen Anstrengungen über das bescheidenste Maß an Auslandshilfe jeglicher Art hat verfügen können. Die in Form von (sowjetischen) Anleihen gebotene Hilfe ist als minimal zu bezeichnen; und schon seit 1957 überwiegen die Rückzahlungen. In einer solchen — durch den Anschluß an den Ostblock vorgezeichneten — Lage hatte ein Land mit einer jährlichen Bevölkerungszunahme von fast 2,5 % oder 15 Millionen gewiß keine andere Wahl, als mit härtester Einspannung aller und mit rücksichtslosem Experimentieren vorzugehen. Dies ist geschehen, trotz schwerer Rückschläge durch überstürztes Vorgehen und eine widrige Natur. Größere Auslandshilfe ist geeignet, den Entwicklungsländern den Zwang zu erlassen, einen so opferreichen Weg zu gehen — mit allen Konsequenzen, die daran hängen.

In einem Lande von der wirtschaftlichen Struktur Chinas hat der Ausfall der voraufgegangenen Ernte auf den Ablauf eines Wirtschaftsjahres einen maßgeblichen Einfluß. Ob die Serie von Mißernten ihr Ende gefunden hat? Es gibt Anzeichen, daß die Ernte vom Herbst 1961, mag sie auch nur mittelmäßig ausgefallen sein, dem Lande doch etwas mehr Luft gibt. Nicht viel. Verhandeln doch die Außenhandelsorgane der Volksrepublik weiter in „westlichen“ Ländern über Getreidekäufe, vielleicht — nach Erschöpfung der Devisenreserven — über Käufe auf Kredit. Immerhin wird offiziell erklärt, daß die bergbauliche Förderung im letzten Quartal 1961 rasch wieder angestiegen sei. Da es vorher, mit Rücksicht auf die mangelhafte Ernährung, verkürzte Arbeitszeiten gegeben hat, läßt dies nur auf eine Normalisierung der Arbeitszeit und damit auch der Arbeitsleistung im Bergbau schließen.

Auch ist die Tagung des Volkskongresses in Peking, die alljährlich im Frühling zur Entgegennahme des Erfolgsberichtes vom Vorjahr sowie der Planzahlen fürs neue Jahr abgehalten zu werden pflegte, die aber im Katastrophenjahr 1961 völlig ausgefallen ist, auf den März 1962 wieder anberaumt worden. Nach vorliegenden Mustern darf erwartet werden, daß das Peking Regime dann die Auswirkungen der Mißernteperiode in allen Bereichen des Wirtschaftslebens und die daraus resultierende Behinderung des planmäßigen Aufbaus offenlegen will — in dem Augenblick, da man für das begonnene Jahr, das Abschlußjahr des zweiten Fünfjahresplanes, glaubt Besseres in Aussicht stellen zu können.

Im Zeichen der voraufgegangenen Mißernten

Ogleich der Nachrichtenstrom aus Peking in den beiden letzten Jahren auf einen kleinen Bruchteil des zuvor Gewohnten zusammengeschrumpft ist und zahlenmäßige Angaben fast ganz fehlen, läßt sich in groben Umrissen doch erkennen und erschließen, was auf wirtschaftlichem Gebiet vor sich gegangen ist. Der Wirtschaftsablauf im Jahre 1961 hat ganz im Zeichen der unzureichenden Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen gestanden.

Das Ausmaß der voraufgegangenen Mißernte läßt sich wohl einigermaßen übersehen. Ende 1960 wurde berichtet, rund 60 Mill. ha, die Hälfte des chinesischen Ackerlandes, seien von Dürre-, Überschwemmungs- und Insektenschäden betroffen worden und dadurch hätten 20 Mill. ha schwere Schäden (d. h. 30—100 % Ernteausfall) erlitten. Über die Ernte an Grundnahrmitteln liegt bis heute einzig die Angabe vor, die Chou En-lai in einem Edgar Snow gewährten Interview gemacht hat: Die Ernte 1960 sei geringer als

1958 und 1959 gewesen, aber immer noch größer als die von 1957 (die die größte bis dahin eingebrachte Ernte war). Da die Grundnahrungsmittelernte 1957 mit 185 Mill. t angegeben worden war und die von 1958 (revidierte Zahlen der „Ernte im Speicher“) und von 1959 mit rund 250 Mill. t bzw. 270 Mill. t, so sollte hiernach die Ernte 1960 doch mindestens 190 Mill. t eingebracht haben. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß diese Angabe für 1959 oder die für 1960 zu optimistisch ist (wenn nicht beide). Dieser Zweifel soll begründet werden.

Die Ernte 1957, wiewohl eine Rekordernte, war im Verhältnis zum Bedarf gewiß nicht reichlich gewesen. Immer bewegte sich China am Rande des Existenzminimums. Ja, im Ernährungsjahr 1956/57 hatte eine leichte Lockerung der Getreiderationierung sogleich zu einer Verminderung der Vorräte der staatlichen Getreidebewirtschaftungsorgane um mehr als 3 Mill. t geführt. Für das Ernährungsjahr 1957/58 stand eine nur um 1% größere Ernte zur Verfügung, während die Zahl der Esser jährlich um mehr als 2% wächst. Ein weiterer Rückgriff auf die Staatsvorräte wurde nur dadurch vermieden, daß man die Getreiderationierung wieder ganz streng handhabte — trotz der ungeheuren Inanspruchnahme aller Arbeitskräfte in dem „großen Sprung vorwärts“, die Ende 1957 einsetzte. Wenn nun die Ernte 1960 nicht nennenswert größer als die von 1957 ausgefallen ist, während die Zahl der zu versorgenden innerhalb von drei Jahren um 8% zugenommen hat, so kann die Ernte nicht den Mindestbedarf des Ernährungsjahres 1960/61 gedeckt haben. Dies ist durchaus klar. Nur sollten doch aus den beiden vorausgegangenen Riesenernten die Vorräte des Staates (und in bescheidenem Umfang nun auch die der Volkskommunen) so stark aufgestockt sein, daß aus ihnen die Versorgungslücke unschwer zu schließen gewesen wäre.

Freilich, der Vorratsaufbau aus der Ernte 1958 hat sich in mäßigen Grenzen gehalten. Die Getreiderationierung löste sich praktisch auf. Nach den publizierten Angaben des Ernährungsministeriums stieg der Pro-Kopf-Verbrauch gegenüber dem Vorjahr um 11% (wobei die Süßkartoffeln, die sonst in den Grundnahrungsmitteln nach ihrem Getreideäquivalent eingerechnet sind, mit ihrem überdurchschnittlichen Mehrverbrauch nicht berücksichtigt sind). So kam es damals zu keinem sensationellen Lageraufbau. Aber 1959/60? Wenn wirklich die Ernte 1959 nochmals um 20 Mill. t größer gewesen ist und wenn die Rationierung, was kaum zu bezweifeln ist, wieder so streng wie zuvor angewandt worden ist, dann müßte allein dieses Jahr eine Vorratsvergrößerung um 40—50 Mill. t ergeben haben. Der Gesamtbetrag am Ende des Ernährungsjahres 1959/60 müßte dann um 90 Mill. t gelegen haben. Da man seit Jahren den Aufbau eines strategischen Getreidevorrats propagiert hatte, wäre das als durchaus programmgemäß erschienen. Aber mußte es dann im Gefolge der schlechten Ernte 1960 zu ausgesprochenen Mangelerscheinungen kommen? Wenn die Grundnahrungsmittelernte 1960 etwa 190 Mill. t erreicht hat, dann wäre bei voller Aufrechterhaltung der Rations-

sätze die Versorgungslücke allein mit der hypothetischen Vorratsvergrößerung des Vorjahres zu stopfen gewesen.

Die Wirklichkeit hat anders ausgesehen: der durchschnittliche Verbrauch ist im Ernährungsjahr 1960/61 beträchtlich unter die alten Rationssätze gesunken, daran kann nicht gezweifelt werden. Nun, vielleicht wollte sich das Regime durchaus nicht von den strategischen Vorräten trennen? Eine solche Annahme wurde fast unhaltbar, als China seinen kostbaren Devisenbestand opferte, um einige Mill. t Getreide (für die Versorgung der küstennahen Industrie- und Bergbauzentren bestimmt) aus Australien und Kanada zu kaufen. Sie wäre absurd, nachdem es dahin gekommen zu sein scheint, daß mit Rücksicht auf die unzulängliche Ernährung im Bergbau die Arbeitszeiten und Leistungsnormen reduziert werden mußten. Wahrscheinlich ist 1961, aller technischen Rationalisierung zum Trotz, die Förderung von Kohle und Erz sowie die Eisen- und Stahlproduktion nicht gestiegen. Da offenkundig die Versorgungslücke 1960/61 nicht annähernd aus Vorräten geschlossen worden ist, muß man also annehmen, daß zumindest eine der beiden vorhergegangenen Ernten noch beträchtlich unter den bisher veröffentlichten provisorischen Gesamtzahlen geblieben ist. Möglicherweise wird Peking hierüber im März Auskunft geben. Selbst im schlimmsten Fall dürfte aber die Nahrungsmittelerzeugung pro Kopf der Esser in China auch in dem bösen Jahr 1960 noch größer gewesen sein als in Indien in dem Rekord-erntejahr 1961.

Wieweit die Baumwollernte 1960 erst durch Dürre und dann durch Taifune reduziert worden ist, hat man bis heute auch nicht in Andeutungen bekanntgegeben. Von den Olsaaten, dem Tabak und anderen Agrarrohstoffen, auf die die staatliche Konsumgüterindustrie angewiesen ist, gilt das gleiche. Man weiß aber von Kurzarbeit in diesen Industriezweigen infolge von Rohstoffmangel, man weiß von starker Verkürzung der zugeteilten Rationen an Baumwollgeweben und Pflanzenöl, und man weiß von „Großaktionen“ des Sammelns von öl- und faserhaltigen und anderen wertbaren Wildpflanzen.

Auswirkungen auf den staatlichen Wirtschaftssektor

Zunächst und unmittelbar von der Mißernte betroffen wurde das Einkommen der 550 Mill. Menschen zählenden Landbevölkerung Chinas, nicht allein das geldliche, sondern auch das Naturaleinkommen, mit anderen Worten die Ernährung von dem eigenen Erzeugnis. Man hat sich bemüht, diesen Rückschlag wenigstens in gewissen Grenzen aufzufangen: Im Winterhalbjahr 1960/61 hat man auf zentrale Weisung hin die Meliorationsarbeiten auf ein Mindestmaß beschränkt, d. h. auf die Fertigstellungen solcher Bewässerungsanlagen, die ein sofortiges Ergebnis versprachen. Und mit allerlei Zusagen und Garantien — die natürlich stets nur „für die Dauer des gegenwärtigen Entwicklungsabschnittes“ gelten — hat man die Bauern ermuntert, die verfügbar bleibende Zeit zur Stärkung ihrer kleinen zusätzlichen Privatwirtschaft

zu verwenden, d. h. einerseits allerlei Futter zu beschaffen, um mehr Schweine und Kleinvieh zu halten, andererseits die hauswirtschaftliche Anfertigung zahlloser kleiner Gebrauchsartikel wiederzubeleben, die von den Funktionären der Kollektivwirtschaften seit 1955 bestenfalls ungenutzt gelitten worden ist (wenn auch zentrale Direktiven solche Haltung wieder und wieder gerügt haben).

Bei dieser Umschaltung spielen mehrere Beweggründe mit. Es gilt, der zweifellos tiefen Enttäuschung und Erschöpfung der kollektivierten Bauernbevölkerung entgegenzuwirken, indem man die Zügel ein wenig lockert. Man möchte auch verhüten, daß von der generellen Richtlinie, jedes Jahr sollten 90% der Kommunenmitglieder ein höheres Einkommen als im Vorjahr erlangen, im Gefolge der Mißernte gar zu drastisch abgewichen wird. Schließlich müssen die vom privaten Hausfleiß geschaffenen kleinen Gebrauchsartikel, deren Fehlen so ungemein ärgerlich im täglichen Leben ist, in Land und Stadt wieder mehr als in den vorangegangenen Jahren einspringen. In dem Prozeß zunehmender Monetisierung des ländlichen Wirtschaftslebens — wie innig er auch mit den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Regimes verknüpft sein mag — haben die derzeitigen Umstände eine Pause erzwungen.

Ohne jede Stoßdämpfung trifft der Rückschlag, der von der Mißernte ausgeht, den staatlichen Wirtschaftssektor. Dieser umfaßt nahezu die gesamte nicht-agrarische Wirtschaft samt dem monetisierten Austausch zwischen Stadt und Land (über die Staatshandelsorgane), deckt sich also weitgehend mit der geldwirtschaftlichen Sphäre überhaupt. Am empfindlichsten betroffen ist der Staatshaushalt. Dieser bedeutet in dem „sozialistischen“ Staatswesen etwas durchaus anderes als in dem „kapitalistischen“. Die Größenordnungen machten das ohne weiteres deutlich: Von dem gesamten Sozialprodukt (das immer noch zu einem Sechstel nichtmonetärer Art ist) passiert rund ein Drittel die Staatskassen. Von den gesamten Staatseinnahmen sind in den letzten Jahren volle zwei Drittel zu Investitionen in produktiven Anlagen verwendet worden; und diese stellen (wenn man von der nichtmonetären Sachkapitalbildung in den Kollektivwirtschaften absieht) den allein maßgeblichen Teil der gesamten Brutto-Anlageinvestitionen in der chinesischen Volkswirtschaft dar. Aufgebracht werden die Staatseinnahmen zu 90% durch die industriellen und kommerziellen Staatsunternehmungen, und zwar in Form von Steuern und den insgesamt (ohne Abzug von Abschreibungen) an den Fiskus abzuführenden Gewinnen. Dies besagt mit anderen Worten, daß das vom Staat bestimmte Preisgefüge so konstruiert ist, daß fast der gesamte volkswirtschaftliche „Mehrwert“ sich in Gewinnen der Staatsunternehmen niederschlägt und über den Staatshaushalt in das Anlagekapital der Volkswirtschaft verwandelt wird.

Entscheidend sind dabei diejenigen Staatsunternehmen, die Konsumgüter erzeugen und vertreiben. Das

wurde einmal höchst einprägsam in einem Artikel der Pekinger Volkszeitung (vom 8. August 1959) beleuchtet. Dort hieß es:

„Um eine Baumwolltextilfabrik mit 100 000 Spindeln und 3500 Webstühlen zu errichten, wird bei den gegenwärtigen Preisen ein Anlagekapital von rund 30 Mill. Yuan benötigt. Die Fertigstellung der Fabrik würde 13 Monate dauern. Innerhalb der ersten 15 Monate nach Betriebsaufnahme würde die Akkumulation (die sich aus dem Profit des Industrieunternehmens, dem Profit der Vertriebsorgane und den Steuern beider zusammensetzt) den Gesamtbetrag der ursprünglichen Investition aufwiegen. Danach würde die Akkumulation jedes Jahr 36,4 Mill. Y erreichen. Wäre das genannte Anlagekapital nicht in der Textilindustrie, sondern in einem Schwerindustrieunternehmen investiert worden, so würde die Bauzeit 2 bis 3 Jahre dauern und das Anlagekapital erst in den nachfolgenden 3 bis 5 Jahren wieder eingebracht werden. In der Textilindustrie würde in einem Zeitraum von fünf Jahren nicht bloß das investierte Kapital zurückgewonnen, sondern darüber hinaus noch eine Akkumulation von 91 Mill. Y bewirkt worden sein, die für den Ausbau der Schwerindustrie zur Verfügung stünde.“

Diese Gewinnbildung in der Konsumgüterindustrie usw. hängt nun in doppelter Weise vom Ergehen der Landwirtschaft ab. Einmal nämlich von der Kaufkraft: das Landgebiet (mit mehr als 80% der Gesamtbevölkerung) empfängt über 60% der verteilten Konsumgüter. Wichtiger ist in der Knappheitswirtschaft die andere Seite, die Versorgung mit agrarischen Rohstoffen. Stammen doch zwei Drittel aller in der Konsumgüterindustrie verwendeten Rohstoffe aus der Landwirtschaft; ja, vier Fünftel aller leichtindustriellen Erzeugnisse werden aus landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenprodukten hergestellt. So konnte der Landwirtschaftsminister Liao Lu-yen (in „Hunghchi“ 1960, Nr. 17) feststellen:

„Eine Hauptquelle der staatlichen Kapitalbildung ist die Landwirtschaft. Obwohl die unmittelbar aus der Agrarsteuer fließende staatliche Akkumulation nur sehr gering ist im Verhältnis zu den gesamten Staatseinnahmen, so stammt doch ein großer Teil der fiskalischen Einnahmen an Steuern und Gewinnen der staatlichen Industrie-, Verkehrs- und Handelsunternehmen aus der Verarbeitung von Agrarprodukten und ihrer Verteilung (in verarbeiteter Form). Annähernd die Hälfte der gegenwärtigen Staatseinkünfte leitet sich direkt oder indirekt von den Erzeugnissen der Landwirtschaft ab.“

So kann man sich nicht wundern, daß im heutigen China auf eine gute Ernte stets ein Jahr allgemeiner Hochkonjunktur und stärkster staatlicher Kapitalbildung folgt — und auf eine schlechte Ernte das Gegenteil.

Zahlen über den Rückgang der Staatseinnahmen und den prozentual natürlich noch schärferen Rückgang der staatlichen Investitionen im Jahre 1961 sind bis heute nicht bekannt. Aus offiziellen Pekinger Pressenachrichten ist aber so viel zu entnehmen, daß neue Bauprojekte kaum in Angriff genommen worden sind. Selbst im Gang befindliche Arbeiten sind unterbrochen worden, wo die Fertigstellung noch längere Zeit dauern würde oder wo gar ein rasch fertiggestelltes Werk wegen Rohstoffmangels unproduktiv bleiben müßte. Die Staatsunternehmungen sind angewiesen worden, in diesem Zeitabschnitt alle Anstrengungen darauf

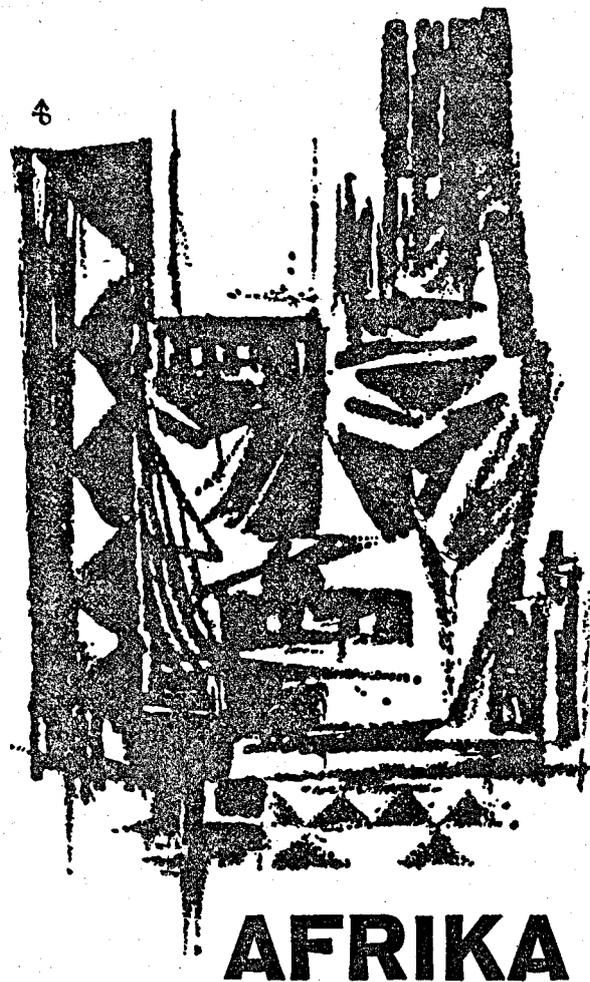
zu richten, daß die Qualität der Erzeugnisse (und Leistungen) verbessert und das Kostenniveau gesenkt werde.

Eine besondere Rolle wird bei dieser Rationalisierung die organisatorische Seite zu spielen haben, die weniger Kapital als Können erfordert. Die Voraussetzungen dafür sind gewiß günstig in einem Jahr, da die Belegschaften nicht wieder durch Einstellung ungelernter Kräfte vergrößert, sondern sogar verkleinert werden: jetzt läßt sich das Können der Stammkräfte (die meist auch erst vor ein paar Jahren in die Industrie hinübergewechselt sind) heben und konsolidieren. Staatliches Anlagekapital ist für die technische Seite der Rationalisierung sowie auch für gewisse neue Betriebe zur Abrundung des Produktionsprogramms bereitgestellt worden. Das erste große Kunstseidenwerk in Paoting (Provinz Hopei) und das erste Kunstkautschukwerk bei den Erdölraffinerien von Lanchou (Provinz Kansu) gehören zu diesen „Abrundungen“.

Höhere Investitionen für die Landwirtschaft

In der Verteilung der so kurz gewordenen staatlichen Kapitaldecke ist dabei eine bedeutende Änderung eingetreten. In den staatlichen Investitionsplänen hat zuvor die Landwirtschaft nur geringes Gewicht gehabt: 1960 wurde erstmals ein Anteilsatz von 10% überschritten; vorher war der Anteil meist erheblich kleiner gewesen. Daraus auf eine Vernachlässigung der Landwirtschaft zu schließen, wäre voreilig und kaum gerechtfertigt. Notwendigerweise verlangte der Ausbau der Grundindustrien und des Transportapparates, die ihrer Natur nach höchst kapitalintensive Anlageobjekte sind, den größten Teil des verfügbaren Kapitals. Landwirtschaftliche Verbesserungen pflegen weit weniger kapitalintensiv zu sein; und diese Regel gilt für China um so entscheidender, als die nichtmonetäre Sachkapitalbildung in den Kollektivwirtschaften zahllose kleinere Meliorationen ganz allein erstellt und auch bei der Bewältigung größerer Aufgaben die Beteiligung des staatlichen Kapitals auf eine geringe Höhe zu beschränken ermöglicht. Eine homöopathische Dosis an Staatskapital bringt große Kräfte der „organisierten Selbsthilfe“ ins Spiel.

Bis 1959 haben die staatlichen Investitionen für die Landwirtschaft ganz überwiegend dem Ausbau von Kernanlagen in den größeren Bewässerungsbezirken gedient. Die Ausstattung der Landwirtschaft mit maschinellen Produktionsmitteln spielte im staatlichen Investitionsplan keine nennenswerte Rolle; mechanisierte Staatsgüter gab es nicht viele, und die Kollektivwirtschaften hatten ihre wenig umfangreichen Maschinenkäufe in der Regel aus ihren Ersparnissen bar zu bezahlen. Zum ersten Male trat 1960 die staatliche Finanzierung der maschinellen Ausrüstung von Staatsgütern und Volkskommunen merklich in den Vordergrund. Und diese Tendenz wurde 1961 beträchtlich verstärkt. Obschon die staatlichen Investitionen in Bewässerungsanlagen in diesem Jahr wohl stark beschnitten worden sind, dürfte sich daher der Gesamtumfang der staatlichen Investitionen in der Landwirtschaft auf Rekordhöhe gehalten haben. Und da



AFRIKA

neu im Lufthansa-Streckennetz!

Die LUFTHANSA Boeing Jets 720 B bringen Sie zu wichtigen Zentren afrikanischer Wirtschaft und Touristik. Von dort aus haben Sie gute Verbindungen im innerafrikanischen Streckennetz. Auch auf den neuen Strecken bietet LUFTHANSA die preisgünstige Economy-Klasse und für hohe Ansprüche den Senator-Service.
Ab 4. März 1962* zweimal wöchentlich
FRANKFURT LAGOS und demnächst ACCRA
Ab 15. Mai 1962* zweimal wöchentlich
FRANKFURT ATHEN KHARTOUM
NAIROBI SALISBURY JOHANNESBURG
Ihr IATA-Agent oder Ihr LUFTHANSA-Stadtbüro berät Sie gerne über alle Einzelheiten.

*Regierungsgenehmigungen
und Änderungen ohne Vorankündigung vorbehalten

LUFTHANSA
führend im Service an Bord

der staatliche Investitionsplan als Ganzes möglicherweise auf einen Bruchteil des zuletzt erreichten Standes reduziert werden mußte, könnte der Anteil der Landwirtschaft (gewiß vorübergehend) auf ein Mehrfaches von 10% angestiegen sein.

Jedenfalls hat die betonte Umlenkung der Produktionsmittelherzeugung und der Staatsinvestitionen auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft dazu geführt, daß die für nichtagrarisches Vorhaben verfügbaren Mittel finanzieller und physischer Art noch weiter beschnitten worden sind.

In solcher Weise dem Ausbau der Schwerindustrie Mittel zu entziehen, um sie der Landwirtschaft zuzuwenden, ist mit überkommenen Moskauer Lehrmeinungen sicher nicht zu vereinbaren. An diesem Punkt ist Peking heute weniger stalinistisch als Moskau. Sorgenvolle Erwägungen an der Spitze des Regimes haben das veranlaßt. Es handelt sich nicht einfach um einen normalen Schritt weiter in der Rationalisierung der Landwirtschaft. Es geht um mehr. Wie hatte es doch im Winter 1957/58 am Beginn des „großen Sprungs nach vorwärts“ geheißen: „Wir werden die Natur bezwingen! Drei Jahre harten Ringens, dann ist das Größte geschafft, und auch der frühere Tagelöhner wird die Lebenshaltung eines mittleren Bauern erreicht haben.“ Es folgten Jahre, in denen die Menschen in China auf das härteste überfordert wurden, ganz besonders im Dorf, wo das Arbeitsvolumen durch den Bau von Bewässerungsanlagen, das Sammeln ungeheurer Mengen von Kompostmaterial, intensive Bewirtschaftung der Felder und dazu den Bau kleingewerblicher Betriebe enorm wuchs, während gleichzeitig viele Millionen junger Männer in den staatlichen Wirtschaftssektor abgezogen wurden. Und das Ende vom Lied? Nach drei Jahren, im Winter 1960/61, wußte man, daß die Natur noch nicht bezwungen worden war und daß ein Jahr bittersten Mangels überstanden werden mußte. Um die Enttäuschung breiterer Volksschichten aufzufangen, mußte die Regierung den äußersten Wert darauf legen, daß wenigstens eine Erleichterung der Bauernarbeit, wie sie nach jenen „drei Jahren harten Ringens“ in Aussicht gestellt worden war, deutlich spürbar werde.

Arbeitskräfteeinsatz und Mechanisierung

Auf der einen Seite sollte unverzüglich die Last der zu bewältigenden Landarbeit wieder auf mehr Schultern (vor allem auf die von jüngeren Männern) verteilt werden. Überall außerhalb der rein bäuerlichen Arbeitssphäre wurden Kräfte ausgesiebt, also nicht nur im staatlichen Sektor, sondern auch in den Zentralorganen der Volkskommunen. Alle Verwaltungsstellen erwiesen sich als übersetzt und konnten durch zumindest turnusmäßiges Abstellen des Personals zur Landhilfe nur gewinnen, und alle gewerblichen Betriebe hatten in Erwartung rascher weiterer Expansion ihre Arbeiterschaft mit Ungelernten aufgefüllt, die nun wieder abgegeben werden konnten. Der Arbeitsminister Ma Wen-jui hat im März 1961 (in „Hungchi“ 1961, Nr. 5) erklärt:

„Seit dem Herbst 1960 sind über 20 Mill. Arbeitskräfte aus verschiedenen Bereichen in die erste Linie der landwirtschaftlichen Produktion verlegt worden, wobei die Mehrzahl innerhalb der Volkskommunen versetzt wurden.“

Auf längere Sicht ist es weit bedeutungsvoller, daß die Einführung arbeitssparender Technik nun vorangetrieben wird. Noch 1958 war sie ganz überwiegend Sache der örtlichen „organisierten Selbsthilfe“, die technische Verbesserungen nur in kleinen Schritten, ohne mechanische Kraft und ohne industrielle Hilfe vornehmen konnte. Der Staatssektor beteiligte sich erst an ausgewählten Punkten. Von staatlicher Teilnahme an der technischen Umgestaltung der Landwirtschaft in großer Breite — mit finanziellen und physischen Mitteln — kann man eigentlich erst ab 1960 reden. Man denkt dabei zuerst an den Traktor, nicht allein zum Pflügen, sondern mit mancherlei anzuhängendem Arbeitsgerät. Mindestens ebenso wichtig ist unter den chinesischen Verhältnissen die mechanische Kraft zum Wasserpumpen. Mechanische Kraft auf dem Acker ist aber nicht das einzige Hilfsmittel zur Arbeitersparnis. Die in China geforderte Intensivwirtschaft — zwei bis drei Ernten jährlich mit steigenden Hektarerträgen — setzt sorgfältiges Düngen voraus, und wenn dies (wie bisher) zum allergrößten Teil mit organischem Dünger bewirkt werden muß, so sind jedes Jahr viele Milliarden t Kompostmaterial zu bewegen. Rein unter dem Gesichtspunkt der Arbeitersparnis verlangen die Bauern noch dringlicher nach dem konzentrierten chemischen Dünger als nach dem Traktor (ganz abgesehen von der Tatsache, daß die verlangte Ertragshöhe mit organischem Dünger allein nicht zu halten ist).

Die gesamte, auf einen gemeinsamen Nenner berechnete mechanische Maschinenkraft, die der Landwirtschaft zur Verfügung steht, wurde (nach „Hungchi“ 1960, Nr. 4) für Ende 1959 mit über 6 Mill. PS beziffert, wovon sicherlich die Hälfte das Ergebnis der beiden Jahre 1958 und 1959 war. Sie sollte 1960 nach dem Jahresplan um mehr als 5 Mill. PS gesteigert werden. Das ist, isoliert betrachtet, eine eindrucksvolle Steigerung — von einer auch nicht geringfügigen Basis aus. Doch wie gering ist sie, gemessen an der Aufgabe. Bei 125 Mill. Bauernfamilien bedeuten 11 Mill. PS, daß auf je 11 Familien eine PS an mechanischer Maschinenkraft entfällt. Die mit Traktoren bearbeitete Fläche sollte 1960 erst auf 6—7% des chinesischen Ackerlandes kommen, zudem in ungleichmäßiger Verteilung, d. h. mit Bevorzugung einerseits der Staatsgüter, andererseits der Nordmandschurei.

Größer war bereits das relative Gewicht der Maschinenkraft im Bewässerungswesen, doch blieben die Zahlenangaben vage. 1960 dürfte knapp ein Fünftel des wirksam bewässerten Landes mit Maschinenkraft für die Pumparbeit versehen gewesen sein. Dazu kam der Bau von hochgelegenen Kanälen in hügeligem Land, mit denen man die Terrassenfelder ohne Pumpen bewässern kann. Die von ihnen bediente Fläche dürfte die gleiche Größenordnung erreicht haben.

Was das Jahr 1961 auf diesen Gebieten gebracht hat, ist noch nicht deutlich zu erkennen. Nach zentralen Direktiven von Anfang 1960 aber soll bis zum Abschluß des zweiten Fünfjahresplanes (Ende 1962) die Mechanisierung der Pumparbeit zur Bewässerung und Entwässerung im großen ganzen durchgeführt sein, während ein gewisser Grad von Mechanisierung der Feldarbeiten wenigstens im Umkreis der großen Städte und in den wichtigsten agrarischen Überschubgebieten anzustreben ist. Auf diese Zielsetzung sind die jährlichen Produktionsziele für die fraglichen Maschinentypen abgestimmt worden; und gerade diese Ziele gehören zu den wenigen, die bereits am Jahreswechsel ausdrücklich als erfüllt bezeichnet wurden.

War bisher die Nordmandschurei der ausgesprochene Brennpunkt der Mechanisierung der Feldarbeiten gewesen, so hat man nun beschlossen, die gesamte Weizen- und Baumwollzone Chinas — d. h. die Große Gelbe Ebene von Peking bis Nanking und die Flußebenen von Liaoning, Shansi und Shensi — in die beschleunigte Mechanisierung einzubeziehen. Während die Traktoren- und Maschinenlieferung anläuft, ist die Ausbildung des Personals in vollem Gange, desgleichen der Ausbau des Netzes von Reparaturwerkstätten. Gleichzeitig wird ein industrielles Ausbauprogramm durchgeführt, das die Kapazität von fünf staatlichen Traktorenwerken versechsfachen, d. h. auf über 100 000 „Traktoreneinheiten“ (je 15 PS gerechnet) steigern wird, und zwar bis Ende 1962. Ausgebaut werden auch mehrere provinzielle Werke, die sich auf leichtere und Allzweckschlepper spezialisieren.

Steigerung der Mineraldüngerproduktion

Wie erwähnt, gehört zur arbeitssparenden Technik auch die Herstellung und Verwendung von Mineraldüngern. Die Rohstofflage für eine große staatliche Düngemittelindustrie ist günstig. In allen Teilen des Landes sind entweder große Kohlevorkommen oder Wasserkräfte, beide in bester Kostenlage, vorhanden, die der Stickstoffindustrie als Grundlage dienen können. Und die bekannten Phosphorlagerstätten werden heute auf mehr als 20 Mrd. t veranschlagt. Nur bezüglich des Kalis sind die Umstände noch nicht hinreichend geklärt.

Die Staatsindustrie hat 1960 rund 2 Mill. t Mineraldünger hergestellt, davon wohl 1,5 Mill. t Stickstoffdünger, d. h. Ammonsulfat. Was den Stickstoffdünger anlangt, so haben Ende 1960 rund ein Dutzend große Werke mit einer Jahreskapazität von je 200 000 t und darüber in Betrieb gestanden; mindestens drei von ihnen erzeugten daneben Phosphatdünger in ähnlicher Menge. Im Jahre 1961 wurden sieben dieser großen Werke erweitert, und acht neue sind im Bau. Wenn diese zwanzig Stickstoffwerke etwa Ende 1962 fertig sein werden, stellen sie eine Kapazität von 5—6 Mill. t dar. Dazu kommen, soweit übersehbar, sieben reine Phosphatdüngerwerke mit einer Gesamtkapazität von mindestens 1,5 Mill. t. Und endlich kommt dazu das Kaliwerk am Chalan-Salzsee im Tsaidambecken, dessen Produktion an chlorsaurem Kali 1960 die Menge von 200 000 t überschreiten sollte.

Dies alles deckt den Bedarf erst zu einem Bruchteil. Das Zwölfjahresprogramm für die Entwicklung der Landwirtschaft (revidierte Fassung von 1957) verlangt bis 1962 eine Stickstoffdüngerkapazität von 5—7 Mill. t, bis 1967 eine solche von ungefähr 15 Mill. t. Wollte man den heutigen Mineraldüngerverbrauch Japans zugrunde legen, so ergäbe sich für China sogar ein Stickstoffdüngerbedarf von etwa 70 Mill. t. Beim Phosphat- und Kalidünger ist das Bild nicht grundsätzlich anders. Es kann also noch nicht die Rede sein von einer baldigen Beschränkung des organischen Düngers auf einen Anteilsatz, der zur Erhaltung einer guten physikalischen Bodenbeschaffenheit unerlässlich ist. Größte Bedeutung behalten deshalb weiterhin die Bemühungen der ländlichen Volkskommunen, mit eigenen Mitteln konzentrierte Düngemittel zu gewinnen, vom Schweinemist bis zum flüssigen Ammoniak aus standardisierten Kleinbetrieben, deren Jahreskapazität etwa 3000 t Ammonsulfat entspricht und die zu Hunderten im ganzen Lande gebaut worden sind. Diese Anlagen werden von der staatlichen Industrie serienmäßig hergestellt, bei der Finanzierung der Betriebe wirken Staat und Volksbank mit.

Ungunst des Klimas und menschliches Versagen

Große staatliche Hilfsmittel werden eingesetzt, um der chinesischen Landwirtschaft über die kritische Erschöpfung im Gefolge der Dürreperiode hinwegzuhelfen. Aber es soll gewiß nicht mit dieser Hilfe alles Erforderliche getan sein. Pausenlos werden die Volkskommunen ermahnt, ihre innere Organisation und Arbeitsweise in entscheidenden Punkten zu verbessern. Es ist nämlich niemals behauptet worden, die Ungunst des Klimas in den letzten Jahren sei allein verantwortlich zu machen für die Serie von schwachen und sehr schlechten Ernten. Gewiß, die katastrophale Dürre von 1960 ist eine Tatsache. Es wurde berichtet, daß in Teilen Nordchinas die Winterkulturen (wie Weizen) von der Feldbestellung bis zur Ernte keinen Tropfen Regen empfangen hatten. Das Bett des Gelben Stromes habe für die Dauer von 40 Tagen trocken gelegen, und die sommerliche Hochwasserzeit habe nur ein Drittel der normalen Wassermenge erbracht. Als endlich die verspäteten Sommerregen doch noch kamen, brachten sie den Küstenprovinzen verheerende Taifune und Überschwemmungen, die nun auch auf bewässertem Lande weithin die Baumwollernte vernichteten. All diesen Pekinger Feststellungen ist nie ernstlich widersprochen worden.

Ohne Zweifel hat auch menschliches Versagen in der Führung der ländlichen Volkskommunen ganz beträchtlich die Wirkung der Ungunst des Klimas verschärft. Seit dem Herbst 1960 hat die volksrepublikanische Presse Chinas eine Fülle von Berichten über den Wirrwarr, der in so manchen Volkskommunen geherrscht hat, veröffentlicht, bei deren Lektüre einem die Haare zu Berge stehen. (Diese Berichte liegen in englischer Übersetzung vor, man kann sie bequem zu Hause lesen. Man braucht also nicht „westlicher Experte auf dem Beobachtungsposten Hongkong“ zu sein, um diese Tatbestände zu „entdecken“).

Wenn man den Anteil menschlichen Versagens an der Vergrößerung der Dürrefolgen nicht übersehen darf, so gilt das gleiche für den Anteil menschlicher Leistungen an der Einschränkung der Dürrefolgen. Ohne den voraufgegangenen Ausbau der Bewässerungsanlagen — mögen auch viele kleine Reservoirs usw. in dieser Dürreperiode versiegt sein — und ohne die staatliche Initiative im Ausbau des Verkehrsapparates und in der Getreidebewirtschaftung wären dies Jahre einer apokalyptischen Katastrophe geworden, wie man sie aus nicht ferner Vergangenheit kennt. Das Schlimmste droht, wenn nach einem Hungerjahr das Saatgut fehlt, Mensch und Vieh auch zu entkräftet für eine ordentliche Feldbestellung sind. Solches hat es offensichtlich diesmal nicht gegeben.

Wie ernst jedoch in China selbst die erwiesene Unfähigkeit von Kommunenfunktionären genommen wird, zeigt ein Bericht des höchst zuverlässigen Hongkong-Korrespondenten der Londoner „Times“ (in der Nummer vom 18. 2. 1961): Chinesische Studenten in Hongkong, die in Volkskommunen der Provinz Kwangtung gearbeitet haben, berichten, sie hätten die Hinrichtung unfähiger und brutaler Funktionäre nach öffentlichem Volksgericht miterlebt; in anderen Fällen seien Parteisekretäre und Kommunedirektoren verhaftet und einstweilen durch Heeresoffiziere ersetzt worden. Gleichzeitig laufe ein neues Programm der fachlichen Ausbildung für leitende Kommunenfunktionäre an.

In der Presse der Chinesischen Volksrepublik dient die „selbstkritische“ Offenlegung von Mißständen als Kontrasthintergrund für die leuchtende Darstellung beispielhafter Volkskommunen, die zur allgemeinen Nachahmung auf dieser oder jener Linie empfohlen werden. Je häufiger und anhaltender für einen bestimmten Tätigkeitsbereich der Kommunen glänzende Vorbilder angeführt werden, desto sicherer kann man annehmen, daß eine recht große Zahl von Volkskommunen eben hier ihren wunden Punkt hat.

Der Aufbau der Kommunen

Allgemein hat sich in den ländlichen Volkskommunen die dreistufige Verwaltungsgliederung durchgesetzt. Die Kommune, die die Spitze der Pyramide bildet, entspricht dem früheren Hsiang (Amtsbezirk), d. h. der untersten Stufe der staatlichen Lokalverwaltung, die tatsächlich in der Kommunenverwaltung aufgegangen ist. Die 24 000 ländlichen Volkskommunen setzen sich aus etwa 500 000 Produktionsbrigaden zusammen. Diese sind im allgemeinen Nachfolger der „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vollsozialistischen Typs“ von 1957, wenn auch nach vielen Verschmelzungen und Gebietsabänderungen. Die Brigaden wiederum gliedern sich in mehr als 3 Mill. Produktionsmannschaften, die (mit Ausnahme gewisser technischer Spezialmannschaften) ebenfalls territorial bestimmte Einheiten sind und weitgehend der Dorfschaft entsprechen.

Heute wird jeder der drei Stufen ein eigener Verantwortungsbereich zuerkannt, und der Verteilung der Verantwortlichkeiten soll die des Eigentums an

den Produktionsmitteln entsprechen. Grundsätzlich bleiben alle bei Gründung der Volkskommunen eingebrachten Produktionsmittel das Eigentum der Brigaden, der ehemaligen LPG. Das ist nicht wegen „verbriefter Rechte“ so, sondern aus Gründen der sozialistischen Zweckmäßigkeit im gegenwärtigen Stadium. Diese Zweckmäßigkeit wird mit Argumenten verschiedener Art nachgewiesen. Die kommuneigene Wirtschaft darf nur durch Neuschöpfung produktiver Anlagen erweitert werden. Es ist den Kommunen ausdrücklich verboten, die kommuneigene Wirtschaft auf Kosten der Eigentumsrechte der Brigaden zu bereichern.

Das Verhältnis zwischen der Brigade und ihren Produktionsmannschaften regelt sich in erster Linie durch die Produktionskontrakte des Typs „drei Garantien und eine Prämie“. Das System sollte allmählich auf sämtliche Erzeugnisse ausgedehnt werden, die der Produktionsplanung in irgendeiner Form unterliegen. Unter den „drei Garantien“ steht an erster Stelle die Garantie der Produktionsmenge. Zugleich muß aber garantiert werden, daß dieses Vertragsoll nur mit einem bestimmten Arbeitsaufwand und einem bestimmten Unkostenbetrag erfüllt wird. Eine Prämie für Übererfüllung wird nur dann fällig, wenn das Mengensoll übertroffen ist, ohne daß die Arbeits- und die Unkostenquote überzogen wurde. Es liegt auf der Hand, daß eine echte, den Arbeitseifer der Kollektivbauern anspornende Durchführung der Kontrakte eine solche Genauigkeit an umfangreicher Buchführung und eine solche Sachkenntnis der Brigadenfunktionäre bei den notwendigen Kontrollgängen verlangt, wie sie nach allen vorliegenden Berichten der Mehrzahl der Kommunen heute eben nicht zur Verfügung stehen.

Gegeben hat es solche Garantiekontrakte immerhin schon 1957 in größerer Verbreitung. Erst nach der Gründung der Volkskommunen — in dem Anfangsstadium durchaus militärischer Kommandogewalt der Kommunenleitung — ist das ernste Problem aufgetaucht, wie die Dorfschaft oder Produktionsmannschaft zu dem Kontrakt stehen soll, wenn der bei Vertragsabschluß vorhandene Bestand an Land, Arbeitskräften, Arbeitsvieh und Gerät mitten in der Anbausaison durch einfachen Befehl von oben verändert wird. Im Jahre 1960 hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß der Dorfschaft die Verfügung über diese vier Faktoren garantiert werden muß („vier Festpunkte“), wenn sie in der Hierarchie der Verantwortlichkeiten ihren Platz ausfüllen soll. Böse Erfahrungen haben die Notwendigkeit einer entschieden dezentralisierten Handhabung der landwirtschaftlichen Produktionsarbeit unausweichlich erwiesen. So hat man sich endlich entschlossen, sie ganz in die Verantwortung der Dorfschaft zu legen — wenn auch mit der Maßgabe, daß die Planaufgaben erfüllt werden müssen.

Die Aufgliederung der Verantwortung endet noch nicht einmal bei der Dorfschaft. Innerhalb dieser gibt es Arbeitsgruppen von kaum mehr als je einem Dutzend Arbeitskräften, deren jede für einen bestimmten Teil des Ackerlandes oder einen bestimmten Nebenzweig der Landwirtschaft zuständig ist. Die

Dorfschaft kann Subkontrakte mit Arbeitsgruppen schließen. Um einer Renaissance der Großfamilie vorzubeugen, sollen die Arbeitsgruppen nicht durch freiwilligen Zusammenschluß gebildet werden, sondern durch Bestimmung der Dorfschaft. Hier ist die äußerste Grenze der Dezentralisierungsbereitschaft des volksrepublikanischen Regimes erreicht.

Verantwortlichkeit und Anteil am kollektiven Eigentum

Wie weit nun auch die Eigenverantwortung der Produktionsmannschaft geht, die heute noch den weit überwiegenden Teil der Planproduktion auf dem Lande zu besorgen hat und dies mit einem nicht geringfügigen eigenen Gewinn- und Verlustrisiko tut, eine „unvollständige Stufe“ bleibt die Produktionsmannschaft oder Dorfschaft doch. Denn ihr wird nicht das kollektive Eigentum an den Produktionsfaktoren zuerkannt, sondern nur ein Nutzungsrecht. Daß man das Eigentum an den Produktionsfaktoren der Brigade, also der Mittelstufe, vorbehält, ist nach der marxistischen Logik die selbstverständliche Folgerung daraus, daß man es für notwendig hält, die Verfügung über das Produkt und die Gewinnverteilung der Brigade vorzubehalten (wenn schon bis auf weiteres noch nicht der Kommune). Mit den Parteikadern, deren man sich absolut sicher sein kann, lassen sich wohl noch die halbe Million Produktionsbrigaden besetzen, nicht aber die 3 Mill. Produktionsmannschaften....

Und was unternimmt die Volkskommune selber? Nicht wenige der auswärtigen Beobachter deuten die verstärkte Dezentralisation der Verantwortung in der laufenden Produktionsarbeit so, als sei dies ein großer Schritt zurück zum Kleinkollektiv und zugleich eine Aushöhlung der Volkskommune, die fast nur noch dem Namen nach bestehe. Diese Meinung trifft schwerlich zu.

Gewiß, der Anteil des unmittelbar kommuneeigenen Sektors an der Gesamtproduktion der Volkskommunen ist nicht groß, im Durchschnitt nicht größer als etwa 10% des Bruttowerts. Aus der überdurchschnittlichen Provinz Honan hat die Pekinger Volkszeitung (vom 14. 3. 1960) die folgenden Daten für das Jahr 1959 gebracht: Anteil des kommuneeigenen Sektors am Bruttoproduktionswert 16,4% (vorwiegend gewerbliche Erzeugnisse, deren Bruttowert stets sehr viel höher als der Netto- und Veredelungswert liegt); Anteil der Produktionsbrigaden 72,7% (zumeist in Gestalt der kontraktgemäßen Planproduktion der Dorfschaften); der unabhängige Anteil der Dorfschaften (bestehend aus Prämien für Übererfüllung, aus der Eigenproduktion der Volksküchen und aus den kollektiv betriebenen Nebenerwerbszweigen) 6,4%; Anteil der kleinen Privatwirtschaft der Mitgliedfamilien 4,5%. Und seither wird der Expansionsdrang des kommuneeigenen Sektors zunehmend straff gezügelt.

Wenn im Oktober 1960 der Generalsekretär des Parteikomitees der Provinz Kwangtung in einem Tagungsreferat erklärte, „die Handhabung der Kommunenbetriebe ist das schwächste Glied in der Kette der Verwaltungsarbeit“, so wurde damit natürlich

eine große Bereinigungsaktion eingeleitet. Gefordert wurden: klare Buchführung, Reform oder Ausmerzung von Verlustbetrieben, weitgehende Beschränkung auf saisonal freie Arbeitskräfte der Dorfschaften, keine Verwendung von Betriebskrediten (der Volksbank) zu Investitionszwecken. Es ist nicht nur bis auf weiteres verboten, daß Produktionsfaktoren der unteren Gliederungen durch die Kommunenzentrale annektriert werden. Selbst die staatlichen Kapitalzuweisungen an die Volkskommunen tragen die ausdrückliche Zweckbestimmung, daß der größte Teil zur Verbesserung der wirtschaftlichen Basis der von Natur benachteiligten Produktionsbrigaden (z. B. solcher mit wenig gutem Land pro Kopf) zu dienen habe. Denn erst, wenn es keine weit zurückhängenden Brigaden mehr gebe, werde ein in der ganzen Kommune einheitliches Entgelt für gleiche Leistung anwendbar, ohne daß man die erfolgreichen Brigaden in entmutigender Weise belastet und die schwachen Brigaden zu „Wohlfahrtsempfängern“ macht; und nur so werde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß eines Tages die Produktionsfaktoren allgemein ins Eigentum der Volkskommunen übergeführt werden könnten. So die Argumentation.

Die kommuneeigenen Betriebe sind auf den gesunden, entwicklungsfähigen Kern zurückgeschnitten worden, dies ist sicher. Aber nach resignierter Aufgabe der gesteckten Ziele sieht das gar nicht aus.

Im gegenwärtigen Stadium kann man sagen, daß die sonstigen Tätigkeiten der Kommune — deren es viele gibt — das Übergewicht haben. Da sind einmal die gezielten Maßnahmen zur Förderung der zurückgebliebenen Brigaden; und da ist der allgemeine Ausbau der Infrastruktur, der allen zugute kommt. Hierzu gehören auch solche Einrichtungen wie die landwirtschaftliche Mittelschule und die Versuchsfarm, das Krankenhaus und das Altersheim der Kommune. Das Hauptgewicht aber liegt auf den öffentlichen Arbeiten: Straßenbau, Erosionsschutz, wasserwirtschaftliche Anlagen. Die zu dem letztgenannten Punkt gehörenden Bewässerungsanlagen machen den weitest größten Teil all dieser allgemeinen Entwicklungsmaßnahmen der Kommunen aus — und das mit vollem Recht unter den klimatischen Gegebenheiten des Landes.

Die primären Aufgaben der Kommunen

Bisher ist nur von solchen Aufgaben die Rede gewesen, die die Kommunenspitze mit dem Instrument der Kapitalinvestitionen zu bewältigen hat. Ihre primären Aufgaben aber sind anderer Art. Der Schritt vom rein landwirtschaftlichen Kollektiv zur ländlichen Volkskommune bedeutete eine Verschmelzung verschiedenartiger Organe mit laufenden Verwaltungs- und Führungsaufgaben. In der ländlichen Volkskommune sind mit den landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften auch die des Handwerks und der Fischerei fusioniert worden, ferner die Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften und die Kreditgenossenschaften, dazu die staatlichen Verwaltungsorgane der untersten Stufe (Amtsbezirk, Hsiang) samt den

örtlichen Schulen und Einrichtungen des Gesundheitsdienstes und die letzten Außenstellen des staatlichen Bank- und Handelsapparates in den Marktflecken. Die eigenartige Stellung der Kommunenzentrale wird dadurch gekennzeichnet, daß sie einerseits eine örtliche Wirtschafts- und Risikogemeinschaft ist und andererseits zugleich das örtliche Organ des staatlichen Planungsapparates. In allen diesen Bereichen wird man kaum Zeichen einer auch nur vorübergehenden Bescheidung finden.

Vergleicht man die heute als Norm hingestellte Struktur einer Volkskommune mit dem Bilde, das die ZK-Beschlüsse vom August 1958 noch skizzenhaft und die vom Dezember 1958 und später schon detaillierter entworfen haben, so erkennt man eine haargenaue Kongruenz im Ganzen und lediglich eine immer feinere Ausbildung des Details. Gewaltige Schwankungen hat demgegenüber die Praxis der Kommunenföhrung durchgemacht. Was zwischen August und Dezember 1958 in den Dörfern Chinas geschah, schoß meilenweit über die Direktiven hinaus. Nun, es gehört zum System, daß grundlegende Direktiven vorsichtig abgefaßt werden und die örtlichen Funktionäre, die sich bewähren wollen und sollen, ausprobieren, wie weit man noch vorstoßen kann. Im Falle der Volkskommunen erwies es sich als notwendig, die Avantgardisten in die Ausgangslinie zurückzurufen. Seither ist die Praxis stets hinter dem Modell zurückgeblieben, weil in der nüchternen Tagesarbeit undramatische Kenntnisse und Fähigkeiten nötig sind, die nicht für 24 000 Kommunen ausreichend vorhanden sind. Doch mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß die Konsolidierung auf dieser Linie gerade in dem bitteren Jahr 1961 bedeutend vorangetrieben worden ist.

Die Rolle der sowjetischen Wirtschaftshilfe

Als ein Jahr der Konsolidierung wird auch das Jahr 1962 gekennzeichnet, so ausdrücklich in einem Neujaars-Leitartikel von Po I-po (dem Vorsitzenden der Staatswirtschaftskommission) für den Bereich der Staatsindustrie: Das neue Jahr werde weiterhin im Zeichen der „Politik der Bereinigung, der Konsolidierung, des Lückenschließens und des Erhöhens des Leistungs- und Qualitätsstandards“ stehen. Ein größeres Produktionsvolumen wird wieder vom Bergbau verlangt, von der verarbeitenden Industrie wiederum auf den Gebieten der Produktionsmittel für die Landwirtschaft und der nichtagrarischen Vorprodukte für die Konsumgüterindustrien (vor allem synthetische Werkstoffe aller Art). Im übrigen wird auf bessere Betriebsführung gedrängt, auf bessere Qualität und reichere Auswahl der Erzeugnisse, auf geringeren Materialverbrauch, niedrigere Kosten und höhere Arbeitsproduktivität (durch technische Rationalisierung und durch Hebung des Könnens). Sensationelle Steigerungen der industriellen Schlüsselzahlen werden also nicht in Aussicht gestellt.

Die strenge Begrenzung der nächsten Ziele im Aufbau der Industrie ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß die Versorgung mit Lebensmitteln und

agrarischen Rohstoffen immer noch äußerst knapp sein wird. Dazu kommt, daß in dieser Zeit der zwischen Peking und Moskau in der Sprache der Ideologie geföhrten Auseinandersetzung weniger als je damit zu rechnen ist, die brüderliche Hilfe der Sowjetunion werde das Maß überschreiten, das durch die Fähigkeit Chinas zu laufenden Gegenlieferungen gesetzt ist (und gegenwärtig sehr kurz gesetzt ist).

Kredithilfe hat immer nur eine untergeordnete Rolle in der sowjetischen Förderung des Wirtschaftsaufbaus in China gespielt. Sie sollte auf den Zeitraum des ersten Fünfjahresplanes (1953—1957) beschränkt bleiben. Der seinerzeit offiziell genannte Betrag von 5,4 Mrd. Yuan stellt augenscheinlich den Höchstbetrag (von 1956) dar. Er schließt außer eigentlichen Anleihen auch einen vereinbarten Aufschub in der Clearingabwicklung ein sowie die Abfindungssumme, die China für die Nationalisierung der vier gemischten chinesisch-sowjetischen Gesellschaften in der Mandschurei und in Sinkiang zu zahlen hat (nicht aber etwaige Verbindlichkeiten für sowjetische Rüstungslieferungen während und nach dem Koreakrieg).

Höhere Zahlen sind nur dadurch entstanden, daß westliche Berichtersteller irrtümlich die in jährlichen Handelsprotokollen genannte Zahl des vorgesehenen Clearingumsatzes als Kredit gedeutet haben. In Wirklichkeit ist in den folgenden Jahren bis 1959 der Schuldbetrag fast auf die Hälfte abgebaut worden. 1960 dagegen erwies es sich für China als unmöglich, die vertragsgemäß durchgeföhrten Warenlieferungen aus der Sowjetunion und dem übrigen COMECON-Bereich (durchweg Produktionsmittel) samt den Dienstleistungen (Experten!) und den vereinbarten Schuldtilgungen mit laufenden Gegenlieferungen (von Agrarprodukten und Metallen) zu begleichen. Im April 1961 wurde die Lage bereinigt. Der im Clearing aufgelaufene Rückstand von nicht genannter Höhe wurde gestundet und soll in den Jahren 1962 bis 1965 abgetragen werden. Ferner wurde noch die Lieferung von 0,5 Mill. t Zucker (wohl Kubazucker) auf Kredit zugestanden. Sonst dürften aber die Lieferungen und Dienstleistungen der Sowjetunion und der übrigen COMECON-Länder auf das Maß der laufenden Zahlungsfähigkeit Chinas zurückgeschnitten worden sein.

Im übrigen wäre es unrichtig, den sowjetischen Beitrag zum chinesischen Wirtschaftsaufbau gering einzuschätzen, selbst wenn Anleihen und Kredite fehlen und der Warenaustausch an der Möglichkeit des prompten Clearingausgleichs orientiert wird. Denn stets hat ein sehr wichtiger Teil des sowjetischen Beitrags darin bestanden, daß Konstruktionszeichnungen, chemische Verfahren usw. frei zur Verfügung gestellt wurden. Und solange nicht Gegenteiliges erwiesen ist, tut man besser, anzunehmen, daß diese Form der Gemeinsamkeit uneingeschränkt fortbesteht. Je größer das Produktionsvolumen, je reichhaltiger das Produktionsprogramm der eigenen Industrie Chinas von Jahr zu Jahr wird, desto mehr ist dem Lande gerade mit dieser immateriellen Form der Wirtschaftshilfe gedient.